

Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 52 (1973)
Heft: 5

Artikel: "Es ist nicht spezifisch österreichisch..."
Autor: Kainrath, Wilhelm
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-338676>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 25.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

wegs jenes Gleichgewicht vorhanden ist, das theoretisch der Marktwirtschaft gerne zuerkannt wird.

Die USA erwarten von ihren Wirtschaftspartnern ein «grosszügiges Entgegenkommen» in den kommenden Wirtschaftsverhandlungen, denn die USA haben es, wie in einem Bericht aus Kreisen der Brüsseler EWG-Kommission zu lesen war, in der Hand, «die Gemeinschaft handels- und währungspolitischen Belastungsproben auszusetzen» («NZZ», 4. März). Es ist daher gegeben, dass wir uns in einem zusätzlichen Aufsatz mit der Frage beschäftigen, ob nicht hinter der Devisenkrise latent die *soziologische Strukturkrise* lauert, und ob die Sozialdemokratie nicht versuchen sollte, sich theoretisch mit dieser Frage auseinanderzusetzen.

Zum Abschluss ist es vielleicht gegeben, einige Randbemerkungen zu machen zu den letzten politischen Entwicklungen innerhalb der schweizerischen Sozialdemokratie. Über die allgemein feststellbare Tendenz eines Rückganges der sozialdemokratischen Stimmen brauchen wir uns nicht zu äussern. Sie ist als Tatsache klar und wahrscheinlich zu einem schönen Teil darauf zurückzuführen, dass die theoretische Haltung der Partei nicht immer zielbewusst und klar genug gewesen ist. Was hat zum Beispiel das dogmatische Festhalten am Begriff des «Rechtes auf Bildung» im Gegensatz zum «Recht auf Ausbildung» etwas anderes eingetragen als eine durchaus vermeidbare Niederlage in der eidgenössischen Abstimmung über den Bildungsartikel? Sind nicht analoge Folgen zu erwarten von der angeblich «antikapitalistisch» motivierten Kehrtwendung in der stadtzürcherischen Verkehrspolitik, wobei mit völlig unklaren sozialistischen Begriffen in einer Frage operiert wird, die in erster Linie ein verkehrspolitisches und raumpolitisches Problem ist? Soll in der grössten Schweizer Stadt die verhängnisvolle Entwicklung der amerikanischen Verkehrspolitik, welche in der Opferung des öffentlichen Verkehrs zugunsten der Autoindustrie bestand, praktisch nachgespielt werden, während zum Beispiel Moskau über eine der besten U-Bahnen der Welt verfügt?

Es ist nicht spezifisch österreichisch, sondern liegt im allgemeinen Trend des Spätkapitalismus, dass die öffentlichen Körperschaften, auch die Gemeinden, immer mehr von der wirtschaftlichen Infrastruktur übernehmen, eine *Arbeitsteilung, nach der die öffentliche Hand die unrentablen Kosten trägt, während die Privatindustrie sich der profitablen Kapitalverwertung widmet*.

Wilhelm Kainrath, Wien, in «Neues Forum», März 1972
